

PM Küster-Quartier Karstadt

„Die Innenstadt erfindet sich neu“ titelt die Neue Westfälische in ihrem Kommentar am ersten Mai-Wochende. Der Autor Michael Schläger verweist auf zwei Großprojekte: Das „Küsterquartier“, den Umbau des NW-Gebäudekomplexes an der Niedernstraße bis zum Süsterplatz, und den Neubau, der das Karstadt-Kaufhaus an der Bahnhofstraße ersetzen soll.

Für das Forum Baukultur OWL stellen sich in diesem Zusammenhang Fragen. Denn dem Bejubeln des Karstadt-Projekts als „großartige zukunftsfähige Nachnutzung“ durch die Oberbürgermeisterin oder als „moderner Erlebnisort als starker Anziehungspunkt“ durch ihre Baubeigeordnete steht das bezeichnende Schweigen von Politik und Verwaltung zum geplanten Abriss eines die Altstadt prägenden historischen Gebäudes und dem gleichfalls geplanten Abriss des alten Karstadtgebäudes an der Bahnhofstraße gegenüber.

Schweigend wird im Fall „Küsterquartier“ darüber hinweggegangen, dass die Stadt Bielefeld nur wenige historische Gebäude aufzuweisen hat, die auch Stadtgeschichte erzählen können. Das von Radio Bielefeld genutzte Gebäude am Süsterplatz zählt sicher dazu. Der Bau hat die Luftangriffe des Zweiten Weltkrieges überstanden, er war der Sitz von J.D. Küster Nachf., dem wohl ältesten Industriebetrieb Bielefelds aus dem Jahr 1661, die Westfälische Zeitung hatte hier ihre Redaktion und Druckerei. Das Gebäude erfüllt, so der Vorsitzende des Forums Baukultur Michael Zirbel, für die Bielefelder Altstadt eine identitätsstiftende Funktion und zeugt in Zeiten des Umbruchs von einem Stück Geschichte der öffentlichen Kommunikation. Nach einer erneuten Umnutzung könne es ein hervorragendes Entree zum neuen Küsterquartier bilden. „Schon deshalb darf es nicht einfach abgerissen werden“, so das Forum Baukultur.

Schweigend wird im Fall Karstadt-Abriss darüber hinweggesehen, dass sich die Stadt Bielefeld 2021 nicht nur eine Nachhaltigkeitsstrategie verordnet, sondern sie auch im November 2023 in einer „Innenstadtstrategie Bielefeld“ im Stadtentwicklungsausschuss einstimmig konkretisiert hat. Dort heißt es wörtlich zu „Grundprinzipien gemeinsamen Handelns: Abriss als Ausnahme: Bei jeder Baumaßnahme wird systematisch dargelegt, wie Materialien nachgenutzt werden und warum Umbau und Nachnutzung ggf. nicht erfolgen können.“

Sollte es die in der Innenstadtstrategie als Selbstverpflichtung der Stadt formulierte und vom Forum Baukultur zuletzt Ende 2025 geforderte Abwägung durch die Bauverwaltung gegeben haben, so ist die jedenfalls bislang nicht bekannt.

Zudem verzögert und verwässert die Stadtverwaltung systematisch jeden Versuch, eine vom Bielefelder Rat geforderte „Gestaltungssatzung für die Altstadt“ zu beschließen, die auch auf das Projekt Küsterquartier Auswirkungen hätte haben können. Öffentlich erklärt die Verwaltung nach Vorliegen des Entwurfs für eine neue Gestaltungssatzung, dass sie nicht daran denke, dem Auftrag des Rates zu deren Aufstellung zu folgen. Die Bauverwaltung verfolge „zunächst den Ansatz, ein Gestaltungskonzept in Form einer

Gestaltungsfibel für die Altstadt zu entwickeln.“ Die Fibel sollte als eine Art „Orientierungshilfe“ dienen. Natürlich unverbindlich. Vorliegen sollte sie bis Ende 2025. Bislang jedoch „Fehlanzeige“. Die Politik nimmt es hin.

Nicht jedoch das Forum Baukultur. Die Bielefelder Kommunalpolitiker sind aufgefordert, die beschlossene Selbstbeschränkung bezüglich des Abrisses von Gebäuden gegenüber der Stadtverwaltung einzufordern. Das gilt nicht nur im Fall des Küster-Quartiers und des Karstadt-Abrisses, sondern für viele weitere Gebäude im Stadtgebiet. Es geht dabei nicht darum, Entwicklung zu verhindern, sondern sie zu steuern.

Darüber hinaus fordert das Forum Baukultur die Anwendung der nach wie vor gültigen Altstadtsatzung aus dem Jahr 1993: „Die Genehmigung für eine bauliche Maßnahme kann versagt werden, wenn durch den Neubau die städtebauliche Qualität und das Erscheinungsbild des Gebietes beeinträchtigt werden.“ Diese Vorgabe ist aus Sicht der Baukultur von der Bauverwaltung im Fall „Küsterquartier“ schlicht missachtet worden. Damit das nicht erneut passiert, muss die Politik die neue Altstadt-Satzung endlich beschließen oder darlegen, warum eine neue Mehrheit aus CDU und SPD sich dem Willen der Verwaltung fügen will.